

FRIEDRICH BAERWALD

Zur Soziologie politischer Werturteile

Urteile über Werte, die in der Gesellschaft und vom Staat anerkannt und gefördert werden sollen, ruhen letzten Endes auf Überzeugungen über den Sinn des Lebens und das Wesen des Menschen. Das Problem des Schwangerschaftsabbruches¹ ist ein Beispiel. Hier gilt auch, daß zufällige oder zeitweise Mehrheiten in der Volksvertretung über die Gültigkeit grundlegender sozialetischer Sätze nicht entscheiden können. Auch Meinungsbefragungen sind kein Instrument der Wahrheitsfindung. Die Relevanz solcher Grundsätze kann auch nicht durch den Hinweis darauf verneint werden, daß sie in der jeweiligen Gegenwart von vielen nicht beachtet oder bestritten werden.

Diese Feststellungen besagen allerdings nicht, daß Sozialethik und die soziologische Erhellung tatsächlicher Einstellungen und Verhaltensweisen bestimmter Gesellschaftsgruppen überhaupt nichts miteinander zu tun hätten. Die umfangreichste religionssoziologische Untersuchung², die jemals durchgeführt wurde, die Umfragen zur Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland zeigt, welch großes Gewicht auch von kirchlicher Seite darauf gelegt wird, die neuen, verfeinerten Methoden der Sozialforschung einzusetzen, um auch mehr darüber zu erfahren, welche Werturteile in den verschiedenen Bevölkerungskreisen tatsächlich vorherrschen und wie sie mit religiösen Überzeugungen und religiöser Praxis zusammenhängen.

¹ Am 20. 2. 1973 lehnte es der Oberste Gerichtshof der USA ab, die starke Liberalisierung des Abtreibungsverbots, die in vielen einzelstaatlichen Strafgesetzen in den letzten Jahren erfolgt war, auf ihre Verfassungsmäßigkeit nachzuprüfen. Damit ist vielerorts in den Vereinigten Staaten die Abtreibung praktisch freigegeben. Hierdurch hat sich die Geburtsrate gerade der nichtweißen Frauen gesenkt, die noch vor kurzer Zeit weit höher lag als die der Weißen.

² *Schmidchen, Gerhard*: Zwischen Kirche und Gesellschaft, Freiburg/Br. 1972. Um auf die große Ausdehnung empirischer religionssoziologischer Forschung hinzuweisen, seien drei Vereinigungen genannt, die vor allem der Förderung von Untersuchungen auf diesem Gebiet gewidmet sind. Conférence Internationale de sociologie religieuse (CISR). Society for the Scientific Study of Religion (SSSR); Association for the Sociology of Religion (A.S.R.). Siehe auch die Zeitschrift »Social Compass«, hrsg.: Centre de recherches socio-religieuses, Université Catholique de Louvain, Belgien.

Ehe wir uns mit einigen Ergebnissen dieser und anderer Untersuchungen der letzten Jahre auseinandersetzen, ist es aber notwendig, die hier zugrunde liegenden gesellschaftlichen Probleme zu beleuchten.

I. WERTERKENNTNIS UND VERWIRKLICHUNG ALS SOZIOLOGISCHES PROBLEM

Zunächst muß klar gesehen werden, daß Werte, etwa die Würde des Menschen und Nächstenliebe, den gesellschaftlich und geschichtlich ausgeprägten Verhaltenssitten, Gebräuchen und Gesetzen vorausliegen. Ziele des Handelns und der Verfahrensweisen von einzelnen oder von Gruppen und Einrichtungen sind letztlich von solchen Werten abgeleitet und von ihnen beeinflusst³. Hierbei kann es auch vorkommen, daß diese ideologisch verzerrt oder gar ins Gegenteil objektiv gültiger Normen verkehrt werden. Werterkenntnis und Verständnis sind aber auch ein gesellschaftlich-geschichtlicher Vorgang, der in verschiedenen Zeitabschnitten zu verschiedenen Schlußfolgerungen führen kann. Diese historisch-soziologische Betrachtungsweise darf nicht mit einer Relativierung von Grundwerten verwechselt werden. Im Gegenteil, ein wachsendes Verständnis der Wechselwirkung von Gesellschaftsstruktur und sozialem Grundsätzen kann dazu beitragen, diese immer besser zu verstehen. Dies soll nun an den Wandlungen in der Beurteilung des Sklavenhandels und der Sklavenhaltung durch Moraltheologen aufgezeigt werden.

Im römischen Recht war die Sklaverei im einzelnen geregelt, vor allem kannte es auch die Freilassung (*manu missio*), von der umfangreich Gebrauch gemacht wurde. Dem angelsächsischen Recht (*common law*) war letzteres Rechtsinstitut unbekannt. Hierauf führt *Tannenbaum*⁴ zurück, daß die Sklaven in Lateinamerika menschlicher behandelt wurden. *Davis*⁵ weist darauf hin, daß die katholische Kirche darauf bestand, den Negersklaven das Recht auf Eheschließung und auf freie Religionsausübung nicht vorzuenthalten⁶. Hierbei muß

³ *Parsons, Talcott und Shils, Edward: Toward a General Theory of Action*, Harvard University Press 1951.

⁴ *Tannenbaum, Frank: Slave and Citizen. The Negro in America*, New York, 1947.

⁵ *Davis, David Brion: The Problem of Slavery in Western Culture*, Cornell University Press 1966, insbesondere 8, II. Auch er hebt immer wieder hervor, daß in Lateinamerika die Sklaven besser behandelt wurden als in den englischen Kolonien.

⁶ *Freyre, Gilberto: The Masters and the Slaves. A Study in the development of Brazilian civilisation*, New York 1942. Allerdings fand die Sklavenbefreiung

man berücksichtigen, daß in der spanisch-portugiesischen Kolonialzeit nur Katholiken sich auf dem Lateinamerikanischen Kontinent niederlassen durften. Deshalb war es auch üblich, Sklaven, die die qualvolle Überfahrt von Afrika mit ihren hohen Sterbeziffern überstanden hatten, vor der Landung zu taufen.

Trotzdem ist unbestritten, daß die katholischen Theologen des 16. Jahrhunderts keinen Zweifel daran hatten, daß Sklaverei an sich sittlich zulässig sei⁷. Hieran hielt selbst *Bartolomé des Las Casas* fest, der sich andererseits stark gegen die Ausbeutung der Indianer durch ihre Zwangsverpflichtung auf den »Kommenden« in den Plantagen wandte. (Das Indianerproblem auf den Karibischen Inseln löste sich im Verlauf weniger Generationen von selbst. Sie starben fast völlig aus. An ihre Stelle traten überall Negersklaven).

Während Spanier sich zu Beginn der Kolonialzeit mit königlicher Genehmigung am Sklavenhandel beteiligten, wurden sie im 17. Jahrhundert aus ihm durch Portugiesen, Engländer, Holländer und Franzosen verdrängt. Aber die spanischen Könige, ebenso wie die Großgrundbesitzer in den Überseegebieten zogen weiterhin große Gewinne aus dem Sklavenhandel. Spanien erhob ein Kopfgeld – *assiento* – für jeden Negersklaven, der importiert wurde⁸.

Von diesen älteren Auffassungen und Praktiken war es ein weiter Weg zur kirchlichen Verurteilung jeglicher Sklaverei wie sie von Papst *Gregor XVI.* (1831–1846) ausgesprochen wurde⁹. Auch an der Basis der katholischen Bevölkerung hat sich diese Auffassung völlig durchgesetzt.

Dieses Beispiel eines Wandels in der sozialetischen Beurteilung eines alten Rechtsinstituts und der aus ihm folgenden langen Praxis zeigt, wie sich im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung das Verständnis grundlegender sozialer Werte vertiefen und verändern kann. Dies führt dann auch zu Schwerpunktverlagerungen in der Soziallehre.

in Brasilien erst 1888 unter Kaiser *Pedro II* statt. Im Jahr darauf wurde er gestürzt und Brasilien wurde Republik. *Freyre* weist darauf hin, daß in Brasilien im Gegensatz zu den USA eine gewisse »Farbenblindheit« in der Rassenfrage herrscht. In den USA genügt ein Neger in einer oft langen Ahnenreihe, um einen Menschen als »schwarz« einzustufen und zu behandeln.

⁷ *Hoeffner, Joseph*: Kolonialismus und Evangelium, 2. Aufl., Trier 1969, S. 186 bis 187, S. 200, Anm. 16.

⁸ *Davis*, op. cit.: S. 131.

⁹ Siehe jetzt auch Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, vom 7. 12. 1965, insbesondere: 26–27.

Auch besteht eine gewisse Rückkoppelung zwischen gesellschaftlichen Vorgängen insbesondere der Ausweitung des Wissens und der Anwendung und der Auslegung sozialemischer Grundsätze.

Die Umsetzung von sozialemischen Grundsätzen in gesellschaftliche Verhaltensnormen ist aber vor allem ein soziologisches Problem. Es bedarf weiterer Erörterungen¹⁰. Insbesondere muß untersucht werden, an wen die Forderungen der Sozialemik sich primär wenden. Gewiß sind sie auch als Richtschnur des Gewissens jedes einzelnen aufzufassen. Aber der einzelne steht in gesellschaftlichen Zusammenhängen und Gliederungen und richtet sich nach Vorbildern. Führungsgruppen sind deshalb unmittelbarer angesprochen. Wer diese eigentlichen »Normadressaten« sind, hängt von der jeweiligen Struktur der Gesellschaft ab. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, dieser Leitgedanke der katholischen Soziallehre richtet sich daher zunächst immer an diejenigen, die durch ihre bevorzugte gesellschaftliche Stellung tatsächlich in der Lage sind, als Arbeitgeber oder als Gesetzgeber hier Abhilfen zu schaffen, etwa Abschaffung der Kinderarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit, familiengerechte Löhne, um nur Forderungen zu nennen, die schon in der Enzyklika »Rerum Novarum« von 1891 vertreten werden. Vierzig Jahre später kamen dann auch Gesichtspunkte hinzu, die von den inzwischen stark gewordenen Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen zu beachten sind. Immer aber richten sich sozialemische Forderungen an die Führungsgruppen, die an der Macht beteiligt sind und sich in ihrer Ausübung nach solchen Maßstäben richten sollten. Da Ermahnungen, soziale Gerechtigkeit zu üben, sich an die richten, die in der Lage sind, zu handeln, also eine gegebene Machtstruktur voraussetzen, kann man sie eher *systemverbessernd* als *systemverändernd* nennen.

Aber im Zeitalter der Explosion von Informationen ergeben sich hier neue Probleme. Je stärker die Demokratisierung um sich greift und immer größere Teile der Bevölkerung in die politischen Entscheidungen, wenn auch nur mittelbar, einbezieht, desto schwieriger wird die Umsetzung von sozialemischen Werturteilen in eindeutige gesellschaftliche Verhaltensmuster. In Gesellschaften mit gefestigten Statusstrukturen und Rollen werden die moralischen Maßstäbe als solche einheitlicher beurteilt. Allerdings wird von den oberen Klassen eine striktere tatsächliche Befolgung zumindestens in der Öffentlichkeit

¹⁰ Kaufmann, Franz Xaver: Theologie in soziologischer Sicht, Freiburg/Br. 1973, insbesondere Abschnitt 3.

erwartet als von den unteren¹¹. In ihrem Selbstverständnis trugen sie »eine Verantwortung für das Ganze« etwa als Feudalherren für ihre Herrschaften oder als »grands commis« im Verwaltungs- und Obrigkeitsstaat des Absolutismus.

Die bürgerliche Revolution des 18. Jahrhunderts lehnte sich gegen eine gesellschaftliche Klassendifferenzierung moralischer Forderungen auf und wandte gerade auf die Mittelklasse strengste Maßstäbe sittlichen Verhaltens an. Hier handelte es sich nicht um besondere Standesethiken, etwa von Offizieren, Anwälten und Ärzten, sondern um den radikalen Anspruch, an alle die gleichen moralischen Maßstäbe anzulegen, weil für alle auch gleiche Rechte gefordert wurden.

Strenge moralische Maßstäbe werden gerade von aufgestiegenen sozialen Schichten auf die jeweils nachrückenden angewandt. In den USA traf dies zu auf die nacheinander eingewanderten Iren und Polen und Italiener. Sie wurden wegen ihrer Lebensgewohnheiten, aber auch wegen ihrer Religion, zunächst mit erheblichem Mißtrauen betrachtet und mußten sich mit geringen Löhnen abfinden. In der zweiten und dritten Generation dieser Gruppen milderten sich diese Vorurteile, die mit sozialetischen Grundsätzen unvereinbar sind. Aber in dem Augenblick, in dem diese so lange benachteiligten Gruppen ihrerseits den gesellschaftlichen Aufstieg begannen, waren gerade sie es, die mit den jetzt nachrückenden Massen der Neger, Puertorikaner und Mexikaner nichts zu tun haben wollten und ihren Rassenvorurteilen freien Lauf ließen.

Kürzlich aufgestiegene Gesellschaftsschichten haben ein starkes Abgrenzungsbedürfnis nach unten. Sie wollen immer wieder sich selbst und auch anderen beweisen, daß sie es »geschafft« haben, und dies trübt ihren Blick für die Gebote sozialer Gerechtigkeit und Vorurteilslosigkeit¹².

¹¹ Dies spiegelt sich auch in *Shakespeare's* Tragödien wider, etwa *Romeo und Julia*, in denen romantische Liebe zwischen Angehörigen der Patrizier gezeigt wird, während die Diener sich recht derbe Dinge sagen.

¹² *Phillips, Kevin*, in seiner Studie: *The Emerging Republican Majority*, New Rochelle 1969, schlug in zynischer Weise den Republikanern vor, diese Geistesverfassung der »schweigenden Mehrheit« sich zunutze zu machen. Als Politologe glaubte er mit Wahlanalysen beweisen zu können, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Republikaner in den USA Wahlsiege erringen könnten, wenn sie davon absähen, auf die Neger, die Armen und die Intellektuellen der Vorstädte Rücksicht zu nehmen. Daß diese Gedankengänge die Innenpolitik *Nixons*

Diese Schichtenbedingtheit sozialer Einstellungen zeigt sich auch bei gewissen Neuankömmlingen im akademischen Bereich, allerdings seit dem Zweiten Weltkrieg als Linksideologie. Hier kann man in einer Minderheit einen verbalen Radikalismus beobachten. Er soll auch anzeigen, daß seine Verkünder nun so herausgehoben sind, daß sie sich restlos für andere einsetzen können und für die Veränderung des Systems kämpfen dürfen, das sie selbst nach oben gebracht hat. Aber diese kurzatmige pseudorevolutionäre Haltung hat nichts mit der Verantwortung fürs Ganze zu tun, die das Kennzeichen der vornehmen Sorge ist, die alle Handlungen der Führungsschichten tragen sollte.

Schichtdifferenzierungen im Verständnis sozialetischer Werturteile sind in allen Gesellschaften anzutreffen, sie treten aber unter pluralistischen Strukturen klarer in Erscheinung. Wie wir gesehen haben, ist es keineswegs so, daß etwa die Massen liberaler oder »progressiver« sind als die herrschenden Eliten der politischen Führer oder der Bildungsträger. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Auch in Gesellschaften, in denen sich Standes- und Klassenunterschiede verringern, gibt es stets eine Führungsschicht, die als beispielgebend angesehen wird. Gerade in den Vereinigten Staaten hat sich eine Lage herausgebildet, in welcher der jeweils vom Volk gewählte Präsident auch als Hüter und Garant moralischer Werte angesehen wird. Darin liegt zweifellos eine Überforderung des jeweiligen Amtsinhabers. Die Massenmedien haben aber stark dazu beigetragen, daß die Persönlichkeit des Staatsoberhauptes oder was als solche auf den Bildschirmen dargeboten wird, eine solche Bedeutung erhält. Dabei sind sich die meisten irgendwie bewußt, daß ein erheblicher Unterschied zwischen dem nichtöffentlichen Benehmen von Spitzenpolitikern und ihrem »Image« besteht. In den Vereinigten Staaten ist es aber eine gesellschaftliche Konvention, in der Öffentlichkeit strenge Verhaltensnormen für die Führungskräfte zu fordern, wobei auch die Familienmitglieder dazu beitragen müssen, das Erscheinungsbild einer privaten »heilen Welt« darzustellen. Amerikanische Politiker können niemals etwa mit einem Glas Sekt in der Hand gezeigt werden, sofern es sich nicht um Gipfeltreffen im Ausland handelt¹⁸.

beeinflußen, ist unverkennbar. Allerdings wurde im Juli 1974 berichtet, daß nur noch 23 % der amerikanischen Wähler sich mit der republikanischen Partei identifizierten.

¹⁸ Als sich im Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses beim Abhören von Tonbändern von Besprechungen im Weißen Haus herausstellte, daß Präsident

Ganz gleich wie die Gesellschaftsstruktur ist, ob hierarchisch und autoritär oder pluralistisch und demokratisch, sozialetische Forderungen richten sich zunächst immer an diejenigen, die durch Amt und Ansehen die tatsächliche Möglichkeit haben, diesen Grundsätzen zur Beachtung und Befolgung zu verhelfen. Im allgemeinen erfolgt demnach die Umsetzung sozialetischer Forderungen in gesellschaftliche Wirklichkeit von oben nach unten. Deshalb ist Autoritätsschwund, sei es durch Verlust an Selbstvertrauen, sei es durch Verschulden, Verwirrung oder Verhetzung, immer auch von moralischer Bedeutung. Führt dies zu Zerfallerscheinungen in der Gesellschaft, so hängt viel davon ab, ob sich der Vorgang der Wertverwirklichung von oben nach unten in einer solchen Krisensituation ausnahmsweise umkehren kann, so daß er nun durch eine Erneuerungsbewegung eine Zeitlang von unten nach oben verläuft¹⁴.

Die schichtenspezifischen Unterschiede in sozialen und politischen Werturteilen muß man im Auge behalten bei einer kritischen Auseinandersetzung mit einer gegenwärtig gängigen Hauptthese der Religionssoziologie. Es handelt sich um die Behauptung, daß traditionelle Kirchlichkeit Hand in Hand gehe mit politischem Konservatismus. Diese sehr weit verbreitete soziologische Doktrin bedarf eingehender Erörterung und Berichtigung¹⁵.

II. EMPIRISCHE FORSCHUNGEN UND THESEN

ÜBER DEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN RELIGION UND POLITIK

Die elektronische Datenverarbeitung ermöglicht es heutzutage, in kurzer Zeit Entscheidungen der Wähler nach vielen Gesichtspunk-

Nixon in Dienstgesprächen mit seinen Mitarbeitern viele Schimpf- und Fluchworte gebraucht hatte, erhob sich gerade in der »schweigenden Mehrheit«, d. h. den unteren Mittelschichten, die ihn bisher unterstützt hatten, große moralische Entrüstung. Obwohl auch in diesen Kreisen solche Worte von Männern oft gebraucht werden, war man doch der Ansicht, daß die Vorbildsrolle eines Präsidenten durch die Enthüllung dieser schlechten Sprachgewohnheiten sehr beeinträchtigt wurde.

¹⁴ Hauptbeispiel für eine solche zeitweise Umkehr ist der Aufstieg des Christentums in der Spätantike.

¹⁵ Die Literatur, in der diese These vertreten wird, ist so umfangreich, daß hier nur einige Beispiele gegeben seien: *Lenski, Gerhard*: »The Religious Factor«, Garden City 1963. Eine große Rolle bei der Identifizierung eines »orthodoxen« religiösen Verhaltens spielen die »Dimensionen der Religiosität« und die aus ihnen entwickelten Skalierungen, die in den sechziger Jahren von *Glock* und *Stark* aufgestellt worden sind. Vgl. *Glock, Charles, Y.*, und *Stark, Rodney*: Religion and Society in Tension, Rand McNally 1965; *dieselben*: American Piety, 1968. Eine Kritik dieser Dimensionen findet sich bei *Clayton, R. R.*, und *Gladdon, F. W.*, im Journal for the Scientific Study of Religion, Juni 1974.

ten aufzugliedern, etwa Geschlecht, Alter, Beruf, Einkommen, Erziehung und Religion. Unmittelbar nach der Wahl des französischen Staatspräsidenten *Giscard D'Estaing*, der als der konservativere Kandidat galt, vielleicht mehr »rechts« stehend als ein Teil der gaullistischen Partei, konnte bekanntgegeben werden, daß 77 % der praktizierenden Katholiken für ihn gestimmt hatten, während *Giscard D'Estaing* insgesamt nur mit 51 % aller Stimmen gewählt worden war. Der Anteil an den Stimmen dieser Katholiken überstieg auch bei weitem die 60 % seiner Wähler in den höheren Einkommensstufen von mehr als 3.000 frcs. im Monat¹⁶. Hier zeigt sich deutlich, daß der religiöse Faktor in der Entscheidung für den konservativen Kandidaten größeres Gewicht hatte als das höhere Einkommen, ein Umstand, der wieder einmal einseitige Erklärungen von Verhaltensweisen im Sinne des materialistischen Determinismus widerlegt.

Konservative Einstellungen sind nicht eindeutig^{16a}. Einmal gibt es eine Haltung, die ausdrückt, daß die bestehende Gesellschaftsordnung im Grunde gesund ist, daß sie keiner umstürzenden Reformen bedarf und daß Veränderungen nur langsam und unter Einhaltung des verfassungsmäßigen Weges eingeführt werden dürfen. Vielfach beruht eine konservative Haltung jedoch auf dem Bestreben, Herrschaftsverhältnisse zu erhalten, die sich gesellschaftlich und wirtschaftlich zugunsten derer auswirken, die sich jeder Reform oder Änderung widersetzen.

Aus dieser Zweideutigkeit des Konservatismus ergibt sich, daß die gängige religionssoziologische These des Zusammenhangs:

streng religiös – konservativ

weniger religiös – progressiv

weniger aussagt als dies allgemein von Religionssoziologen angenommen wird. Diese Unbestimmtheit findet man auch in der Auswertung der »Umfragen« durch *Schmidtchen*¹⁷. In dieser Befragungsaktion mußte auch zu folgendem Satz Stellung genommen werden:

»Es wird jetzt ja viel von »Gesellschaftsordnung« gesprochen, das heißt, von den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in

¹⁶ Siehe den ausführlichen Bericht in: Spezial Nr. 500 von *Le Nouvel Observateur* vom 16. 6. 1974.

^{16a} *Epstein, Klaus*: Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770 bis 1806. Aus dem Englischen von *Johann Zischler*, Frankfurt, Berlin, Wien 1973.

¹⁷ Op. cit.

einem Land. Glauben Sie, daß es eine bessere Gesellschaftsordnung gibt als unsere?»

In der Beantwortung stellten sich erhebliche Unterschiede zwischen den Katholiken heraus, die jeden oder fast jeden Sonntag zur Kirche gehen und denjenigen, die dies selten oder nie tun. Nur 30 % der ersteren bejahten die Möglichkeit einer besseren Gesellschaftsordnung, während es bei der zweiten weniger religiösen Gruppe immerhin 40 % waren. Von den »Orthodoxen« gaben 45 % an, daß es keine bessere Gesellschaftsordnung als unsere gäbe; bei den religiös weniger Gebundenen waren es immerhin noch 36 %. In beiden Gruppen war die Zahl derjenigen, die kein Urteil über diese Frage hatten, recht groß (25 bzw. 24 %).

Es muß an sich erstaunen, daß gläubige Christen nur zu 30 % sich eine bessere gesellschaftliche Ordnung vorstellen konnten, worunter doch auch eine solche verstanden werden könnte, in der es mehr Gerechtigkeit, weniger Verbrechen und Gewalttätigkeit und im allgemeinen bessere menschliche Beziehungen geben würde. Die Vermutung liegt nahe, daß die Vorgabe, die oben wiedergegeben ist, eine Gedankenverbindung mit »Systemveränderung« hervorrief, die schon deswegen abgelehnt wird, weil sie meist von lautstarken aber kleinen Minderheitsgruppen der Linken in den letzten Jahren verlangt worden war.

Eine Erklärung für diese verschiedenen Haltungen ergibt sich aus weiteren Aufgliederungen des Umfragematerials durch *Schmidtchen*. Hier gelangen wir zu einem schwierigen Grundproblem der Einstellung zu Welt und Gesellschaft. Es ist in dem von *Schmidtchen* benutzten Begriff »Konsistenzansprüche« zusammengefaßt. Dies bedarf einer eingehenderen Erörterung.

III. DAS PROBLEM DER KONSISTENZANSPRÜCHE

Ein hoher Konsistenzanspruch besteht dann, wenn erwartet wird, daß die Verhaltensweisen, die sich aus religiösen Werten ergeben, wie Ehrlichkeit, Uneigennützigkeit, Gerechtigkeit und Sachlichkeit, so weitgehend als möglich sich auch in die politische Praxis umsetzen sollen. Man könnte hier von einem religiös-politischen Integralismus sprechen, der sich allerdings »kritisch-befreiend« und sogar gesellschaftsverändernd auswirken kann.

Die Umfrage hat nun ergeben, daß die religiös mehr oder weniger »Abständigen« größere Konsistenzansprüche erheben als diejenigen,

der Aufhebung der gesetzlichen Rassentrennung oder der Probleme, die nach 1965 im Vietnamkrieg auftraten, sind daher keinesfalls auf parteipolitische Bindungen zurückzuführen.

Ein Blick auf die Einstellung zu den ehemaligen Negersklaven in breiten Schichten auch der katholischen Bevölkerung in den USA zeigt, daß auch praktizierende Katholiken oft Jahrzehnte brauchen, um sich sozialethischen Forderungen, in diesem Fall Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Negern, die längst von Theologen und vom Lehramt gestellt worden waren, anzupassen.

Bis nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auch von der katholischen Kirche in der Bundeshauptstadt Washington die für den ganzen Süden geltende Rassentrennung auch in Gotteshäusern durchgeführt. Es kam noch vor, daß Schwarze, die eine »weiße« katholische Kirche betraten, freundlich darauf aufmerksam gemacht wurden, daß für ihresgleichen eine besondere Kirche zur Verfügung stehe. Der erste Erzbischof von Washington, *Patrick O'Boyle*, beendete diese Praxis bei seiner Amtsübernahme. In New Orleans gab es neben dem Jesuitenkolleg für Weiße auch das Franz-Xaver-Kolleg für schwarze Studenten. Als kurz nach dem Zweiten Weltkrieg Kardinal *Ritter* von St. Louis verfügte, daß auch Negerschüler in die Pfarrschulen aufgenommen werden sollten, drohte ein Elternrat, sich an ein ordentliches Gericht zu wenden, um die Durchführung dieser Anordnung zu verhindern. Erst eine Drohung mit Exkommunizierung ließ sie davon Abstand nehmen. Eine Kirchengemeinde in einem ländlichen Bezirk von Louisiana hinderte einen schwarzen Priester daran, eine Messe zu lesen. Erzbischof *Rummel* erließ darauf ein Interdikt und führende Pfarrangehörige verlangten dann, selbstverständlich erfolglos, die Absetzung des Erzbischofs durch den Papst²⁰.

Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden, aber sie genügen, um darzulegen, daß ein tieferes Verständnis sozialethischer Werte seitens der Theologen und des Lehramtes oft dem Bewußtsein breiter Schichten gläubiger Katholiken vorausläuft²¹.

²⁰ Siehe hierfür den Artikel »The Church and Race Relations« im Ergänzungsband (Supplementary Volume) »The Catholic Encyclopedia for school and home«, McGraw-Hill 1968.

²¹ Schon 1934 hatte P. *John La Farge* S. J. in den USA den Catholic Interracial Council gegründet, der führende weiße und schwarze Mitglieder umfaßte und bahnbrechend für die gerichtliche Abschaffung der Rassentrennung war.

Die Schichtengliederung nach Bildung, Einkommen und Wohnort ist von erheblicher Bedeutung für die Annahme oder die Verweigerung der Anerkennung neuer sozialetischer Einsichten. Keineswegs handelt es sich hier um ein spezifisch katholisches Problem.

Dies zeigt sich besonders klar im Wechsel der Prioritäten großer Massen der Wähler in den USA.

Im Wahljahr 1968 hatte die große Mehrzahl der Wählerschaft noch den Vietnamkrieg als das wichtigste Problem bezeichnet, das zur Debatte stand. Im Wahljahr 1972 waren nur noch 27 % der Wähler dieser Ansicht, aber 71 % der Studenten empfanden den Vietnamkrieg trotz des von Nixon versprochenen und durchgeführten Abzuges der Landstreitkräfte immer noch als das wichtigste Problem.

Dieser drastische Umschwung in der Wählermeinung zeigt, daß Fragen, die einen sozialetischen Tatbestand betreffen, von verschiedenen Schichten der Bevölkerung völlig verschieden bewertet werden. Für die breiten Massen gehörte der Vietnamkrieg in dem Augenblick der Vergangenheit an, als die Entsendung weiterer Truppen nach Südost-Asien eingestellt und mit der Rückkehr von Einheiten begonnen wurde. Daß gerade zur Zeit des Wahlkampfes und dann noch Weihnachten 1972 die Bombardierung fortgesetzt wurde, interessierte weite Massen der Wähler nicht mehr, wurde aber gerade von den Gebildeten als ein moralisches Problem empfunden, das eine Verurteilung dieser Kampfhandlungen notwendig machte. In steigendem Maße wurde die Frage aufgeworfen, ob es sittlich zulässig sei, diesen Bombenkrieg gegen ein Land fortzusetzen, das Tausende von Meilen entfernt und dazu auch wirtschaftlich und militärisch rückständig sei. Katholische Theologen traten aber hierbei mit extrem entgegengesetzten Ansichten an die Öffentlichkeit.

Ein Jesuit, P. *Drinan*, war als Demokrat in das Repräsentantenhaus gewählt worden. Am 31. Juli 1973 beantragte er im Kongreß die Amtsenthebung *Nixons*, wobei er als ersten Punkt die Bombardierung von Kambodscha erwähnte, die lange vor dem Kongreß und dem amerikanischen Volk verschwiegen worden war, obwohl sie ja gerade der betroffenen Bevölkerung in Südost-Asien nicht verheimlicht werden konnte²². Ein anderer Jesuit, P. *John Mc. Laughlin*, der erfolglos für den Senat in Rhode Island kandidiert hatte und dann

²² Congressional Record, Vol. 119, No. 123, 31. Juli 1973. P. *Drinan* war der erste katholische Geistliche, der Mitglied des Repräsentantenhauses ist. Protestantische Pastoren hat es dort schon oft gegeben.

als Redeschreiber für *Nixon* im Weißen Haus angestellt worden war, vertrat die Auffassung, daß die Fortsetzung des Bombenkrieges gerechtfertigt und moralisch einwandfrei sei.

Der letztgenannte Priester legte es auch mit der amerikanischen Bischofskonferenz an, die sich im November 1971 dazu durchgerungen hatte, die Frage zu stellen, ob die Fortsetzung des Bombenkrieges über Vietnam noch weiter zu verantworten sei. Er kritisierte auch eine spätere Äußerung des Bischofs der riesigen Diözese Brooklyn, *Mugavero*, der diese Kampfhandlungen verurteilt hatte. Dabei hatten die Bischöfe nur Konsequenzen aus Artikel 80 der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute gezogen, wo es heißt:

»Die besondere Gefahr eines heutigen Krieges besteht nun darin, daß er denen, die die neuesten wissenschaftlichen Waffen besitzen, gleichsam die Gelegenheit bietet, solche Verbrechen zu verüben und in einer Art unerbittlicher Kettenreaktion die Menschen zu den fürchterlichsten Entschlüssen treiben kann. Damit so etwas in Zukunft nie geschieht, beschwören die versammelten Bischöfe des ganzen Erdkreises alle Menschen, vor allem die Staatslenker und militärischen Befehlshaber, sich der großen Verantwortung, die sie hier vor Gott und der ganzen Menschheit haben, unaufhörlich bewußt zu sein«.

Wenn auch der vorstehende Text sich letztlich auf die Benutzung von Kernwaffen beziehen mag und auch lange vor dem Zeitpunkt verfaßt worden war, an dem der Bombenabwurf über Vietnam Ausmaße erreichte, die diejenigen des Zweiten Weltkrieges überstiegen, so handelt es sich hier um das in der Sozialethik seit jeher bekannte Problem der *Proportionalität*. Darüber, was dies im Einzelfall bedeutet, kann selbstverständlich nicht von vorneherein allgemein entschieden werden. Trotzdem muß man die total verschiedene Bewertung des Bombenkrieges über Vietnam seitens zweier amerikanischer Jesuiten als recht ungewöhnlich empfinden²³.

Diese erstaunlichen Divergenzen in der Anwendung sozialetischer Maßstäbe auf praktische Probleme, wie sie in der jüngsten Vergangenheit in den Vereinigten Staaten aufgetreten sind, beleuchten das Problem der Konsistenzansprüche und ihrer Schichtendifferenziertheit.

²³ Die Patres *Drinan* und *Mc. Laughlin* sind ungleich der Brüder *Berrigan* keine Radikalen oder Außenseiter. Es kann vorausgesetzt werden, daß zwischen ihnen keine besonderen Unterschiede der rein theologischen Richtung besteht.

Die breiten Schichten, die alle moralischen Probleme des Vietnamkrieges aus ihrem Bewußtsein entließen, zeigten damit, daß sie nur die unmittelbaren Fragen, etwa das Schicksal von Familienangehörigen auf dem Kriegsschauplatz im Sinne hatten, nicht die allgemeineren Probleme der Menschlichkeit, die mit dem Vietnamproblem verbunden sind²⁴. Hier spielt allerdings in großen Teilen der Bevölkerung das Gefühl eine Rolle, daß man als »kleiner Mann« am Lauf der Dinge doch nichts ändern könne und sich mit ihnen abzufinden habe. Auch die Kriegsdienstverweigerung erhielt einen Schichtencharakter in der Beurteilung. Sie war besonders häufig in den etwas gehobeneren Kreisen der akademischen Jugend. So kam es auch, daß *Nixons* Weigerung, auf sie die allgemeine Praxis einer Amnestie anzuwenden, die nach Kriegsende in den USA sonst üblich ist, starke Unterstützung bei den breiten Massen hatte. Sie hatten große Opfer gebracht, weshalb sie nicht wollten, daß junge Akademiker so leicht davonkommen sollten.

Eine minimale Konsistenzforderung zeigte sich auch in den breiten Massen, als Einzelheiten der Watergate-Affäre bekannt wurden. Eine große Mehrheit sagte noch 1973, daß »Politik eben so sei«. Die Stimmung war nicht als Beschönigung gemeint, sondern als Ausdruck dafür, daß die Welt und vor allem die Politiker unvollkommen sind und man nicht zu hohe Maßstäbe anlegen dürfe. In diesem Zeitpunkt war dann auch noch eine große Mehrheit gegen eine Amtsenthebung *Nixons*, trotzdem gleichzeitig angenommen wurde, daß er von den Machenschaften der »Klempner« und ihren erfolglosen Geheimunternehmungen gewußt hatte.

Dieser sozialetische Laxismus in der Politik verbindet sich aber häufig mit strengen Maßstäben der persönlichen, individuellen, nach außen sichtbaren Moralität. Dies mag auch erklären, warum oft eine starke Religiosität dieser Art Hand in Hand mit politischem Konservatismus zu gehen scheint, wie es in vielen religionssoziologischen Untersuchungen behauptet worden ist. Es erhebt sich aber die Frage, ob dies ein notwendiger Zusammenhang ist und ob sich nicht in die sozialwissenschaftliche Auswertung dieser Einstellungen schwerwiegende Irrtümer eingeschlichen haben. Im Folgenden sollen deshalb einige Züge gerade der technischen Gesellschaft der Gegenwart her-

²⁴ Wie in den meisten tragischen, historischen Geschehnissen verteilt sich Recht und Unrecht auf beide Seiten. Das aber entzieht diesen Konflikt nicht der Notwendigkeit einer moralischen Beurteilung.

vorgehoben werden, die eine Umsetzung sozialetischer Maßstäbe in politische Werturteile erschweren, ganz unabhängig von religiöser Praxis.

V. NACHRICHTENÜBERFLUTUNG UND MORALISCHES URTEIL

Gemeinhin werden demokratische Einrichtungen wie Freiheit der Meinung, der Versammlung und der Medien als Mittel betrachtet, dem Mißbrauch der politischen Macht entgegenzutreten²⁵. Der amerikanische Präsident *Woodrow Wilson* ging gegen Ende des Ersten Weltkrieges sogar soweit, die Abschaffung der Geheimdiplomatie zu verlangen, eine Forderung, von der die amerikanische Außenpolitik unter *Kissinger* vernünftigerweise wieder abging. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Gerichte viel dazu beitragen können, politisch und sozial, daß Mißbräuche abgestellt oder gar verhindert werden. Es hat sich aber auch gezeigt, daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse unwirksam bleiben, wenn Mitglieder nicht den Willen und die Fähigkeit haben, sich von Parteibindungen zu befreien und Tatsachen als solche zu erkennen bereit sind. Demokratische Einrichtungen können nicht in einem gleichsam luftleeren Raum gedeihen. Sie müssen von einem allgemeinen Bewußtsein getragen werden, das auch in der Politik Maßstäbe der Gerechtigkeit und Moralität verlangt. Einer der Gründe der Krise der Demokratie in der Gegenwart liegt nun darin, daß eine solche Bewußtseinsbildung in mannigfacher Weise in der modernen Gesellschaft erschwert wird. Hierfür gibt es eine Anzahl von Gründen. Sie hängen mit der bereits erwähnten Informationsexplosion zusammen. Eine ihrer bedenklichsten Folgen ist, daß Menschen mehr wissen als früher, aber weniger damit anfangen können. Es wird für sie immer schwieriger, Urteile oder gar Werturteile zu fällen. Dieser negative Einfluß der gesellschaftlichen Umwelt auf das Bewußtsein der einzelnen und der Massen soll nun im einzelnen dargestellt werden.

²⁵ Wie schon *Hanna Arendt* zutreffend bemerkte, enthielten die »Pentagon Papiere« über die internen Beratungen amerikanischer Regierungsstellen über den Vietnamkrieg wenig, was dem aufmerksamen Leser amerikanischer Zeitungen nicht schon lange bekannt war. Daß die Begründungen für diese Intervention oft wechselten, daß hier massive Manipulationsversuche der öffentlichen Meinung gemacht wurden, war vielen schon längst klar gewesen. Der Versuch des Weißen Hauses, diese und andere undichte Stellen durch die »Klempner« verschließen zu lassen, war ein Fehlgriff nicht nur in den Mitteln, sondern auch eine Überreaktion, die sich dann sehr schädlich auswirkte.

1. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Informationsstand des Bürgers heute besser ist als in den vorhergehenden Generationen²⁶. Rundfunk und Fernsehen tragen dazu bei, daß Ereignisse an oft sehr entfernten Orten mit kaum einer Zeitverzögerung in die Wohnräume der Menschen dringen. Der extremste Fall wurde wohl durch das Anhören der Gespräche zwischen den Mondfahrern und den Erdstationen erreicht. In diktatorisch geleiteten Systemen, etwa in den verschiedenen Formen der kommunistischen Totalherrschaft ist die amtliche Nachrichtenvermittlung zwar viel einheitlicher und unterdrückt vieles, was als störend oder systemfremd angesehen wird. Aber auch dort ist es langfristig unmöglich, den Strom von Neuigkeiten aus aller Welt völlig versiegen zu lassen. (Eine Folge dieser Beschränkung ist, daß offizielle Nachrichtenquellen dort mit großer Skepsis behandelt werden, andererseits aber das »Schwarzhören« gang und gäbe ist.)

Eine unmittelbare Folge dieser großen Fülle an Informationen ist die Bewußtmachung der *Komplexität* aller politischen und gesellschaftlichen Vorgänge. Dies könnte zu einem reiferen Urteil der Bürger führen, weil die Erkenntnis der Vielfältigkeit realer Verhältnisse und ihrer Vieldeutigkeit an sich entideologisierend wirken kann. Bei vielen kommt es aber nicht zu einer solchen heilsamen Reaktion, sondern dazu, daß auch sozialetische Urteile aufgeschoben werden oder gar ins Unterbewußtsein herabsinken oder daß eine Flucht nach vorne in gefühlsgeladene Vorurteile stattfindet.

Auch in einer pluralistischen Gesellschaft können Nachrichtenübermittlungen manipuliert werden. (Auf amerikanisch: news management). Gerade dies ist auch eine Aufgabe von Pressestellen und offiziellen Sprechern für Regierungen oder andere mächtige gesellschaftliche Zusammenballungen.

2. Der ständige Strom von Nachrichten wie sie über die Massenmedien an den einzelnen gelangen, führt aber häufig auch zu einer *Übersättigung* und zum Überdruß. So wurde im Sommer 1974 betont, daß zumindestens die Amerikaner eigentlich von der Watergate-Affäre nichts mehr hören wollten, was allerdings nicht besagte, daß nun die Untersuchungen im Sande verlaufen sollten. Im Gegenteil,

²⁶ Dies trat klar zutage in einer Gesprächsaktion mit jungen Arbeitnehmern. Siehe Anhang IV, S. 147, in: *Friedrich Baerwald: Lebenserwartungen von Lehrlingen und Jungarbeitnehmern in Großbetrieben*, Paderborn 1973.

im Sommer 1974 war nach langem Zögern eine Mehrheit der Amerikaner zu der Ansicht gelangt, daß das Amtsenthebungsverfahren seinen verfassungsmäßigen Verlauf nehmen müßte²⁷.

Aber hier handelte es sich um einen Sonderfall, der eine Gefahr der Abstumpfung, die sich aus der Informationsexplosion ergibt, nicht beseitigt. Übersättigung und Abstumpfung sind aber Haltungen, die eine Herausbildung klarer politischer Werturteile verzögern oder ganz verhindern. Zwar wäre es methodisch und sachlich falsch, sozialethische Urteile zu fällen, ehe die realen Tatbestände aufgedeckt sind. Immer wieder ist es notwendig, sich auf die Tatsachen zurückzubeziehen. Eine Abstumpfung aber führt von solchem tieferen Eindringen fort. Das Aufnahmevermögen verkümmert, so daß die Fülle der Informationen zur Apathie und Passivität verführen kann. (Diesem psychologischen Abnutzungsprozeß verfielen auch die Demonstrationen der 60iger Jahre, die immer wieder an den Bildschirmen gezeigt wurden, mit dem Erfolg, daß sie schließlich »keinen Hund mehr hinter dem Ofen weglockten«.)

3. Demokratie bedeutet Mitbestimmung im Staat durch die Wahl von Volksvertretern, die ihrerseits zur Regierungsbildung und Gesetzgebung beitragen. Im Laufe der Zeit haben sich jedoch hier erhebliche Wandlungen eingestellt. Ursprünglich hatten die örtlichen Honoratioren der Geistlichen, der Akademiker, Kaufleute und Gutsbesitzer einen erheblichen Einfluß auf die demokratischen Entscheidungsprozesse. Jetzt ist dieser auf Funktionäre in Massenorganisationen und in den Interessenvertretungen übergegangen. Dies zwingt diese Posteninhaber dazu, sich kontinuierlich um ihre Wiederwahl zu bemühen, so daß sie dauernd unter Leistungs- und Zeitdruck stehen. Sie müssen zumindestens den Eindruck erwecken, in jeder Wahlperiode etwas Besonderes vollbracht zu haben. Die großen Massen aber sind zwischen den Wahlen durch das Fernsehen in eine permanente *Rolle als Zuschauer* der Geschehnisse auf der politischen Lokal- oder Weltbühne gesetzt worden. Dies führt jedoch zu einer perspektivischen Verzerrung. Zuschauer sind zwar immer kritisch, wie sich auch bei Sportwettkämpfen immer wieder herausstellt, aber im wesentlichen unbeteiligt. Angesichts der Komplexität der Dinge einerseits und der Gefahr der Abstumpfung andererseits wird oft die kritische Funktion nicht rational sondern nach vorgeprägten Modellen emotionsgeladener Vorurteile ausgeübt.

²⁷ Siehe Bericht in: »U. S. News World Reports«, 22. 7. 1974.

All diese Umstände erweisen sich als ein echtes Dilemma im Verhältnis der politischen Welt zu Grundfragen der sozialen Ethik. Dabei hatte man im bürgerlichen Zeitalter gerade an die freie Aussprache in gesetzgebenden Körperschaften große Hoffnungen geknüpft. Sie wurde als ein Mittel der sachlichen Problemlösung angesehen. Damals waren allerdings die gesellschaftlichen Verhältnisse weit überschaubarer als jetzt. Der Übergang von einer überwiegend agrarwirtschaftlichen aber hochkultivierten Gesellschaft zu einer durchindustrialisierten, in der Massenzivilisation und Kommunikationsmedien vorherrschen, hat diese Annahmen zunehmend in Frage gestellt. Nur ausnahmsweise wirken sich Fernsehen und Rundfunk günstig auf öffentliche Debatten aus. Dies war der Fall bei der Diskussion, die den Abstimmungen über eine Anklageerhebung gegen den Präsidenten im Rechtsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses im Juli 1974 vorausging. Hier bemerkte man das Bemühen der Abgeordneten, voll und ganz ihre Rollen als Volksvertreter zu erfüllen. Dies aber bedeutete eine verantwortliche Gewissensentscheidung, nicht ein bloßes Hinhören auf die Stimmung der Wähler in ihrem Bezirk oder auf die neuesten Ergebnisse der Meinungsbefragungen.

Auf jeden Fall waren die hier mitspielenden tragischen Ereignisse ein Anlaß auf eine Rückbesinnung von Parlamentariern auf ihre eigenen Funktionen. Der Vorgang könnte beispielhaft wirken. Ob dies jedoch tatsächlich der Fall sein wird, kann jetzt noch nicht festgestellt werden. Der weitere Verfall einer echten Repräsentation wäre nicht nur eine Gefahr für eine demokratisch-freiheitliche Ordnung, sondern auch für die Beachtung und Durchsetzung sozialetischer Grundsätze.

Die Schwierigkeit in der Anwendung sozialetischer Grundsätze auf politische Urteile ist nicht allein auf die in diesem Abschnitt erörterten Umstände zurückzuführen, die sich aus der Explosion von Informationen ergibt. Dahinter stehen auch Grundhaltungen, die weniger zeitbedingt sind und deshalb unter den verschiedensten gesellschaftlichen Umweltbedingungen anzutreffen sind. Es handelt sich hierbei um Einstellungen, für die *Schmidtchen* den Begriff »*Ordo-bedarfnis*« verwendet.

VI. DAS BEDÜRFNIS NACH EINER SINNVOLLEN GESELLSCHAFT

*Schmidtchen*²⁸ stellt fest, daß »Katholiken mit ausgeprägtem Ordo-bedürfnis . . . auch die religiös, methaphysisch Orientierten« (sind). Dann fährt er fort: »In diesen beiden letzten Orientierungen äußert sich eine zum Konservativen neigende Stabilitätstendenz«.

Der Begriff »Ordo-bedürfnis« ist nicht glücklich gewählt. »Ordo« ist mit Recht wertbestimmt. Im Zusammenhang mit »Liberalismus« dient dieser Ausdruck dazu, die soziale Marktwirtschaft vom ursprünglichen *laissez-faire* Liberalismus abzugrenzen. Was *Schmidtchen* hier anspricht, ist ein Bedürfnis nach Sicherheit und die stets vorhandene Furcht vor dem Unbekannten. Positiver ausgedrückt ist es das Bedürfnis, in einer sinnvollen gesellschaftlichen Umwelt zu leben, in der es mit rechten Dingen zugeht.

Gerade an diesem Bedürfnis zeigt sich aber, daß der Zusammenhang zwischen eifriger religiöser Praxis und politischem und gesellschaftlichem Konservatismus nur ein Symptom für eine Einstellung ist, die sich nicht aus Glaubensüberzeugungen ableiten läßt. Es handelt sich vielmehr darum, daß die meisten Menschen, die, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, in die bestehenden Zusammenhänge der Wirtschaft und der Gesellschaft eingegliedert sind, sich im allgemeinen mit den Zuständen, wie sie nun einmal sind, abfinden müssen. Die meisten haben im Verlauf ihrer allgemeinen und beruflichen Erziehung manchmal unter Überwindung eigener innerer Widerstände gelernt, sich anzupassen. Dieser oft schwierige Vorgang führt aber dazu, dann zu erwarten, daß die Welt der Gesellschaft, zu der sie gehören, zu funktionieren fortfährt und heil ist. Dieses Vertrauen in den Bestand und Wert der sozialen Umwelt verleiht ein allgemeines Sicherheitsgefühl. Es ist für die Mehrheit notwendig, damit sie beruhigt ihre täglichen Aufgaben erfüllen kann. Dieses tiefliegende Sicherheitsbedürfnis führt nun oft dazu, daß politische Vorgänge und Handlungen, die das Gefüge der bestehenden Ordnung zu bedrohen scheinen, Unsicherheit hervorrufen. Eine besonders ausgeprägte Form der Abwehr dieser Gefährdung ist der Versuch der *Nichtkenntnisnahme* von Ereignissen. Nur wenn es zu einem völligen »Umbruch« kommt, wird sich das Bewußtsein der Massen ändern, und das früher nicht zur Kenntnis Genommene wird dann nachträglich mehr oder weniger »bewältigt«. Aber solche gleichsam revolutio-

²⁸ *Schmidtchen*, op. cit. S. 55.

nären Entwicklungen sind selten. In der Watergate-Affäre spielte die Furcht der breiten Masse eine Rolle, daß eine Amtsenthebung das amerikanische Regierungssystem für immer gefährden würde. Daß eine solche Möglichkeit in der Verfassung selbst verankert ist, wurde hierbei lange Zeit außer acht gelassen. Zur Nichtkenntnisnahme gehören auch häufig Vorgänge oder eine gesellschaftliche Praxis, die sich mit sozialetischen Grundsätzen nicht vereinbaren lassen. So kann sich das Sicherheitsbedürfnis auch als ein hohes Hindernis für die Anwendung moralischer Forderungen auf politische Entscheidungen auswirken.

Die Sozialethik hat daher auch die Aufgabe, den Menschen zu helfen, solche in ihrer Schichtenzugehörigkeit liegenden Sichtbehinderungen zu überwinden. Hierbei handelt es sich nicht allein darum, bestimmte gesellschaftliche Strukturen gegenüber utopischen Veränderungsforderungen zu verteidigen, sondern um die Erziehung zu der Einsicht, daß jeder, ob er Mitglied einer herrschenden oder einer weniger einflußreichen gesellschaftlichen Schichtung sei, zunächst durch seine Stellung befangen ist. Dies ist der natürliche Lauf der Dinge, der sich stets im Durchschnittsbewußtsein des Bürgers durchsetzt. Es handelt sich aber darum, strebt man nach einer besseren, wenn auch niemals vollkommenen Gesellschaft, durch einen erzieherischen Ansatz die Gefahr einer sozialetischen Erblindung zu bannen und zu einer Überwindung der gesellschaftlich bedingten pseudomoralischen Befangenheit hinzuführen. Nur so können die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer wahren, stets fragwürdigen, aber auch hoffnungsvollen Verfassung erkannt und richtig beurteilt werden. Auf diese Weise wäre es möglich, der Vernunft und der Gerechtigkeit zu den Durchbrüchen zu verhelfen, die eine geplagte Menschheit vor den Gefahren abschirmen könnte, die gerade gegen Ende des 20. Jahrhunderts auf sie zuzukommen scheinen.